

## Forderungskampagne der Christians for Future

- Die Christians for Future (C4F) sind Christ:innen unterschiedlicher Konfessionen, ein Teil der globalen For-Future-Bewegung.
- Mit ihrer aktuellen Kampagne wenden sich die C4F an die Leitungen der (Erz-)Bistümer und Landeskirchen.
- Sie haben zwölf Forderungen zur Klimagerechtigkeit ausgearbeitet und überreichen diese heute, am 16. September 2021, an Kirchenleitende in ganz Deutschland.
- Die Kirchen sollen sich lauter in die Politik einmischen. Sie selbst sollen bis 2030 Klimaneutralität erreichen und auch nicht mehr in Unternehmen investieren, die mit Öl, Gas und Kohle Umsatz machen. Und sie sollen in der Gemeindearbeit Klimagerechtigkeit zum ständigen Thema machen.
- Andere Gruppen der For-Future-Bewegung, Theolog:innen, Wissenschaftler:innen, Leitungspersonen von Orden und Verbänden und andere bekannte Personen unterstützen die Forderungen und haben mitunterzeichnet.

**16. September 2021** – Einen neuen Aufbruch für Klimagerechtigkeit in den Kirchen wünschen sich die C4F. Sie erkennen an, dass Klimagerechtigkeit in den Kirchen an vielen Orten schon seit Jahren eine wichtige Rolle spielt - dieses Handeln ist aber nicht flächendeckend und oft nicht der Größe der Herausforderung angemessen.

Die Aktivist:innen der C4F haben das Handeln der Kirchen analysiert und kommen zu dem Fazit: Es reicht nicht. Gerade in der evangelischen Kirche gibt es viele positive Beispiele für politisches Engagement für Klimagerechtigkeit, aber nicht in allen Landeskirchen und Gemeinden. Zudem hat die EKD zum Beispiel beschlossen, bis zum Jahr 2050 Klimaneutralität zu erreichen, was nicht annähernd konform ist mit dem 1,5 Grad-Ziel. Zum Vergleich: Damit liegt die EKD aktuell sogar hinter dem neuen deutschen Klimaschutzgesetz, das die Neutralität bis 2045 anvisiert. Manche Landeskirchen haben schon schärfere Ziele, andere schwächere.

Auch in der katholischen Kirche gibt es nicht genug Einsatz für Klimagerechtigkeit: Katholische Bischöfe lassen sich kaum auf Klimademos blicken und finden selten deutliche Worte zum Klimaschutz. Die Bistümer haben – mit wenigen positiven Ausnahmen wie Freiburg (Ziel: Klimaneutralität bis 2030) – größtenteils nicht einmal Klimaziele definiert und zu oft keine hauptamtlichen Umweltbeauftragten eingesetzt.

In zwölf Punkten haben die C4F ausgearbeitet, wie aus ihrer Sicht Klimagerechtigkeit in den Kirchen gelebt werden sollte: Die Kirchen sollen deutlich sichtbarer den politischen Diskurs mitgestalten, ihre Rolle als moralische Instanz wahrnehmen und anwaltschaftlich für die benachteiligten Menschen dieser Erde auftreten, die die Klimakrise wohl am härtesten treffen wird. Unter anderem bei den eigenen Gebäuden und Anwesen soll bereits bis 2030 Klimaneutralität erreicht werden und die Kirchen sollen sich zu aktivem Divestment verpflichten, das heißt nicht mehr in Unternehmen investieren, die mit Öl, Gas und Kohle Umsatz machen. Darüber hinaus soll Klimagerechtigkeit auch in der Gemeindearbeit zum ständigen Thema werden.

Andere Gruppen der For-Future-Bewegung, etwa Fridays For Future und Parents For Future unterstützen die Forderungen der C4F. Sie unterstützen die Forderungen genauso wie etliche Theolog:innen, Wissenschaftler:innen, Leitungen von Verbänden und Orden und andere bekannte Personen, zum Beispiel der Hauptgeschäftsführer von Misereor Pirmin Spiegel, Bischöfin a.D. Bärbel Wartenberg-Potter, Provinzial der zentraleuropäischen Provinz der Jesuiten Bernhard Bürgler SJ, viele Professor:innen wie Prof. Dr. Markus Vogt, Prof. Dr. Ruben Zimmermann, Prof. Dr. Dr. Ulrich Hemel vom Bund Katholischer Unternehmer und der Co-Chair des diesjährigen UNO-Weltklimarat Berichts

Prof. Dr. Hans Pörtner vom Alfred-Wegener Instituts. Weitere Unterzeichner\*innen sind beispielsweise Udo Hahn, Direktor Evangelische Akademie Tutzing, Annette Behnken von der Evangelischen Akademie Loccum und Pater Anselm Grün OSB.

Am 16. September überreichen Aktivist:innen den Forderungskatalog an hochrangige Vertreter:innen der Landeskirchen, Diözesen und Vertreter:innen der Freikirchen. In anschließenden Gesprächen wollen sie mit den Kirchen, die Möglichkeiten erörtern, sich sichtbarer und mutiger in der Klimakrise zu engagieren.